




1. Im Herbst wird auf Bundesebene die finale Entscheidung zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes fallen. Planen Sie die Vorgaben dieses Gesetzes in Hessen im Rahmen eines eigenen Landes-GEG ambitionierter aufzugreifen?




CDU 	SPD	Grüne 	FDP 
<p>Nein. Das von der Bundesregierung geplante faktische Verbot von neuen Gas- und Ölheizungen lehnen wir ab – auch in der abgeschwächten Form des inzwischen geänderten Gesetzesentwurfs. Pauschale Verbote gehen an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei, führen zu Widerstand und gefährden die Akzeptanz der Maßnahmen für den Klimaschutz. Das Heizungsverbotsgesetz der Ampel-Regierung ist daher der völlig falsche.</p> <p>Das plötzliche Verbot von Gas- und Ölheizungen ist praktisch und tatsächlich nicht umsetzbar und für viele Menschen nicht zu bezahlen. Die Bundesregierung schafft so Ablehnung und Verunsicherung, wo wir Akzeptanz, Motivation und Zukunftskraft benötigen.</p> <p>Als CDU Hessen sprechen wir uns daher gegen ein eigenes Landes-GEG aus, das die Vorgaben des Bundesgesetzes noch ambitionierter aufgreift und umsetzt.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>In Bezug auf die Anforderungen, die das Gebäudeenergiegesetz stellt, wollen wir einen Alleingang Hessens vermeiden. Wir halten es für pragmatischer und im Sinne der Betroffenen, wenn die festgehaltenen Standards länderübergreifend gültig sind.</p>	<p>Die Anforderungen aus dem GEG sind schon sehr ambitioniert. Für uns ist entscheidend, dass wir einen technologieoffenen und wirtschaftlichen Weg in der Wärmeversorgung der Zukunft gehen. Wärmepumpen sind bei Neubauten, insbesondere bei Ein- oder Zweifamilienhäusern sicherlich sinnvoll und in der Regel die erste Wahl. Für die Umrüstung von Gewerbeimmobilien, für den Wohngebäudebestand und für Industrie- und Prozesswärme brauchen wir aber auch andere, bezahlbare Lösungen. Dazu gehört auch Gas und dazu kann auch Mineralöl gehören, wenn die CO2-Bilanz passt. Es ist der falsche Weg politisch Technologien vorzuschreiben, wenn uns Ingenieure zeigen, dass andere Wege sinnvoller sind. Es geht nicht alles elektrisch. Im Gegenteil, die Prognosen für den Strombedarf sind so gewaltig, dass die Stromnetzbetreiber selbst davor waren, zu viel auf Elektrifizierung zu setzen. Wir wollen pragmatische, wirtschaftliche Lösungen die von den Verbrauchern angenommen werden. Die Zeit ideologischer "Think-Tank"-Debatten ist vorbei, jetzt sind die Techniker, Ingenieure und Ökonomen dran. Manche Parteien haben das noch nicht verstanden.</p>

2. Gerade im ländlichen Raum sind viele Hausbesitzer auf Heizöl für die Wärmeerzeugung angewiesen. Vorteile sind die Möglichkeit der eigenen Bevorratung und die permanente Verfügbarkeit. Werden Sie den Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe (sog. „Green Fuels“) politisch unterstützen?






CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>Ja. Wir wollen alle klimafreundlichen Heizungen und Brennstoffe gleichbehandeln und uns nicht einseitig auf heute verfügbare Technologien festlegen. Im Wärmemarkt gibt es aus unserer Sicht keine ‚One-fits-all‘-Lösung. Die Wärmepumpe ist für viele Häuser eine gute Lösung, aber sie ist nicht die einzige bzw. richtige Lösung für jedes Haus.</p> <p>Wir setzen uns aus diesem Grund für Technologieoffenheit ein. Möglich sind unter anderem auch die Nutzung von Energien aus Wind oder Sonne, Wasserkraft, Biogas, Wasserstoff, Wasserstoffderivaten, eine thermische Holznutzung, Geothermie sowie regenerative Flüssigbrennstoffen.</p> <p>Uns ist es wichtig, dass der Heizungstausch für die Menschen bezahlbar bleibt und eine klimaneutrale Heizung nicht zu einer sozialen Frage wird. Wir fordern, dass die Altersvorsorge durch Wohneigentum gesichert bleibt. Eigentum darf nicht durch die Novellierung des GEG auf Bundesebene an Wert verlieren und Sanierungskosten dürfen nicht die Ersparnisse aufbrauchen.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Die Lösungen der Energiewende und damit für die Abkehr von fossilen Energieträgern muss für uns vier wichtige Kriterien erfüllen: Effizienz, Bezahlbarkeit, Energiesicherheit und Klimaneutralität. Erneuerbare Energien erfüllen diese Kriterien, sind jedoch aktuell noch nicht in ausreichender Menge verfügbar. Deshalb muss zusätzlich zum Ausbau der Erneuerbaren und der Netze ein Fokus auf hocheffiziente Technologien auf Verbrauchersseite gelegt werden, um den Erneuerbaren Strom optimal ausnutzen zu können. Synthetische Kraftstoffe müssen vorrangig dort eingesetzt werden, wo es nicht anders geht. Hier ist zum Beispiel der Flugverkehr zu nennen. Einen großflächigen Einsatz von E-Fuels für die Wärmeerzeugung halten wir nicht für sinnvoll.</p>	<p>Ja. Das machen wir aktuell auch auf Bundesebene. Finanzminister Lindner hat einen Vorstoß bezüglich der steuerlichen Behandlung von Green-Fuels unternommen. Alle technologischen Wege zur Erzeugung regenerativer Kraft- und Brennstoffe sollten genutzt werden können. Entscheidend darf nicht die Frage nach der eingesetzten Technologie sein, sondern es muss um die jeweilige CO-Bilanz gehen. Elektrische Heizungen, die mit dem deutschen Strommix des Winters betrieben werden, sind alles andere als klimafreundlich.</p>

3. Werden Sie sich im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung, dafür einsetzen, dass auch der individuelle Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe berücksichtigt werden kann?			
CDU 	SPD	Grüne 	FDP 
<p>Ja. Eine strategische Wärmeplanung ist im Grundsatz eine sinnvolle Maßnahme, um vorhandene Potenziale zu nutzen und vor Ort passgenaue Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Aus diesem Grund haben wir eine Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung in Hessen für Gemeinden ab 20.000 Einwohnern bereits eingeführt. Um die Kommunen dabei zu unterstützen, haben wir einen finanziellen Ausgleich geschaffen und Beratungsangebote zur Verfügung gestellt.</p> <p>Auch hier ist das Ziel der CDU Hessen, technologieoffen zu sein und die Kommunen, die für sie jeweils besten Konzepte ausarbeiten zu lassen. Je nach regionalen Gegebenheiten können dies ganz unterschiedliche Lösungsansätze sein.</p> <p>Wir wollen daher keiner guten Idee im Vorfeld durch ideologische Denkweisen eine Absage erteilen. Aus diesem Grund unterstützen wir – dort wo es sinnvoll ist - auch den individuellen Einsatz regenerativer Flüssigbrennstoffe.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Das Ziel der kommunalen Wärmeplanung ist, Wärmesenken und Wärmequellen zu identifizieren, um systematisch vorhandene Potenziale nutzen und eine nachhaltige Versorgung sicherstellen zu können. Eine Übernahme von Heizleistung durch die Verbrennung von regenerativen Flüssigbrennstoffen in dezentralen Wärmelösungen ist für uns, wenn überhaupt, in seltenen Fällen als Übergangslösung denkbar.</p>	<p>Für uns ist klar, dass die kommunale Wärmeplanung den vom aktuellen Gebäudeenergiegesetz ermöglichten technologischen Spielraum auch vollumfänglich abbilden muss. Was alles nicht geht ist, dass im Rahmen der Wärmeplanung technologisch machbare Energieerzeugungsformen ausgeschlossen werden. Wenn Verbraucher regenerative Flüssigbrennstoffe einsetzen wollen, dann darf die Wärmeplanung das nicht verhindern.</p>

4. Aus welchen Gründen unterstützen Sie oder lehnen Sie die Pläne des Bundes ab, an sämtlichen Tankstellen eine Schnellladesäulenpflicht gesetzlich vorzuschreiben?			
CDU 	SPD	Grüne 	FDP 
<p>Unser langfristiges Ziel ist die generelle klimaneutrale Antriebstechnik. Als ersten Schritt wollen wir daher für einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einem freien Wettbewerb der Stromanbieter sorgen. Die CDU Hessen will die E-Mobilität in allen Bereichen fördern. In Hessen wollen wir den Ausbau einer bedarfsgerechten Elektroladeinfrastruktur an Landesgebäuden vorantreiben und dafür bis zu 150 Ladepunkte jährlich schaffen. Zur zügigen Realisierung der Ladeinfrastruktur prüfen wir auch die Nutzung von Straßenlaternen, die durch Umrüstung zu Ladepunkten erweitert werden können. Hierfür starten wir ein Pilotprojekt.</p> <p>Gemeinsam mit den Tankstellenbetreibern, vor allem an den Autobahnen, wollen wir die Möglichkeit zum Ausbau von Schnellladepunkten verbessern. Die vom Bund vorgeschlagene Pflicht an sämtlichen Tankstellen eine Schnellladesäulenpflicht gesetzlich vorzuschreiben, lehnen wir jedoch ab. Aus unserer Sicht brauchen wir keine planwirtschaftlichen Vorgaben, sondern attraktive Rahmenbedingungen und einen freien Wettbewerb, damit ein zügiger Ausbau gelingen kann. Hinzu kommt, dass der Bund im Vorfeld das Stromnetz und die damit verbundene Infrastruktur dringend ausbauen muss, um die benötigte Strommenge für eine Vielzahl an Schnellladesäulen überhaupt bereitstellen zu können.</p> <p>Gleichzeitig zeigen wir uns technologieoffen gegenüber anderen Antriebstechniken.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Die Elektromobilität kann dann ihre ganze Stärke entfalten, wenn ein dichtes und schnelles Ladenetz existiert. Das Laden von Elektroautos ist dabei mit der heutigen Logik des Tankens nicht vergleichbar. Wer sein E-Auto aufladen möchte, macht das in vielen Fällen daheim oder bei der Arbeit, da das Auto hier ohnehin lange steht und diese Zeit effizient mit Laden genutzt werden kann. Dennoch werden (Schnell-)Ladepunkte wie bspw. an Parkplätzen von Supermärkten, öffentlichen Parkplätzen oder auch an bestehenden Tankstellen wichtig sein, um das Ladenetz insgesamt weiter zu verdichten. Die Ampel hat daher auf Bundesebene konkret das Ziel ausgesprochen, dass jede Tankstelle innerhalb der nächsten 5 Jahre mindestens einen Schnellladepunkt einrichten muss und mit dem neuen Masterplan Ladeinfrastruktur II in Aussicht gestellt, die bestehende Förderlandschaft vereinfachen und ständig weiterentwickeln zu wollen. Letztlich braucht es eine gute Kooperation zwischen Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand, denn der Aufbau und Betrieb einer marktwirtschaftlich funktionierenden Ladeinfrastruktur muss am Ende privatwirtschaftlich erfolgen.</p>	<p>CDU und SPD haben unter der Verantwortung des damaligen Wirtschaftsministers Altmaier (CDU) die Ladesäulenpflicht im Bereich von Gebäuden beschlossen. Schon 2019 hatten sich CDU und SPD im Rahmen ihres Klimaschutzprogramms auf eine Ladesäulenpflicht für Tankstellen geeinigt. Die jetzige Bundesregierung hat sich darauf verständigt für kleine Tankstellen Ausnahmen zuzulassen. Die wirtschaftliche Lage vieler kleinerer Tankstellen, gerade in ländlichen Regionen, ist schwierig. Wenn Eigentümer oder Pächter aufgeben, weil sie die enormen Investitionen für Schnellladestationen nicht mehr stemmen können, ist niemanden geholfen. Wir setzen auf Anreize und Förderprogramme statt Zwang. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur sollte sich zunächst auf die Verkehrswege konzentrieren, die besonders stark frequentiert werden.</p>

5. Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu, dass die Emissionsbilanz eines Fahrzeugs nicht nur über den Auspuff (Nutzungsphase) gemessen werden sollte, sondern auch andere Phasen, wie z. B. die Herstellung der Antriebsenergie (Lebenszyklus-Ansatz) berücksichtigt werden sollte?

CDU 	SPD	Grüne 	FDP 
<p>Die CDU Hessen stimmt der Aussage zu, dass die Emissionsbilanz eines Fahrzeuges nicht nur über den Auspuff (Nutzungsphase) gemessen werden sollte, sondern auch über andere Phasen, wie z. B. die Herstellung der Antriebsenergie (Lebenszyklus-Ansatz) berücksichtigt werden muss.</p> <p>Gerade im Hinblick auf die Elektromobilität wird häufig nur die Nutzungsphase gemessen und die Herstellung der Batterie völlig außen vorgelassen, obwohl diese die gesamte Emissionsbilanz z.B. eines E-Autos verschlechtert.</p> <p>Wir werben für Verkehr ohne Ideologie und stehen auch in Zukunft zum Auto und modernsten Technologien, zu denen auch Verbrennungsmotoren gehören. Die Verbrennertechnologie mit sauberen, synthetischen und Co2-neutralen Kraftstoffen hat weiter Zukunft und bleibt ein wichtiger Baustein unserer Innovationsführerschaft beim Automobil. Wir wollen deshalb das Auto mit Verbrennermotor verbessern, statt es zu verbieten. Pauschale Verbote darf es aus unserer Sicht nicht geben. Stattdessen brauchen wir Technologieoffenheit.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Das Thema Ressourcen und Kreislaufwirtschaft (Cradle to Cradle) wird in Zukunft immer wichtiger. Gerade die angespannten Zeiten der Energiewirtschaft machen es erforderlich, Ressourcen effizient zu nutzen. Wir haben daher den Umgang mit Ressourcen als eine unserer strategischen Kernforderungen aufgenommen und wollen etwa die Hessische Ressourcenschutzstrategie weiterentwickeln, sowie den Abfallwirtschaftsplan in eine Zero-Waste-Strategie umbauen. Modellhafte Logistikkösungen und Wege, wie die Umsetzung von Recyclinglösungen zum wirtschaftlichen Erfolgsfaktor werden kann, helfen bei der Erreichung dieser Ziele.</p> <p>Speziell im Bereich der Mobilität fördern wir bereits im Rahmen des Förderprogramms „Elektromobilität“ innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die sich mit dem „Rohstoffeinsatz und Wiederverwertung von Fahrzeugbatterien“ beschäftigen. Wir begrüßen daher eine Recyclingquote für Batterien, die dafür sorgen muss, dass zukünftig ein hoher Anteil der Rohstoffe aus Batterien recycelt werden muss.</p> <p>Zu beachten ist auch, dass Elektroautos mit einem Wirkungsgrad von über 60% deutlich effizienter sind als bspw. Benziner (ca. 20%). Auch werden Batterien und die damit einhergehenden Herstellungsprozesse ständig weiterentwickelt, sodass in Zukunft noch viel Spielraum besteht, die Umweltbilanz von Elektroautos weiter zu steigern.</p>	<p>Das ist der richtige Ansatz. Ein Elektroauto, das mit dem deutschen Strommix betrieben wird, ist nicht unbedingt umwelt- oder klimafreundlich. Wir wissen, dass besonders in den Wintermonaten der Anteil der Kohle stark steigt. Nach dem Aus für die Kernkraftwerke wird die Kohle weiterhin zur Sicherung der Versorgung benötigt. Nicht umsonst hat Minister Habeck die Marktrückkehr von mehr als zehn großen Kohlekraftwerken zugelassen. Wenn der hier erzeugte Strom nicht besonders klimafreundlich ist, dann kann es das damit betriebene E-Auto auch nicht sein. Auch die Frage der verwendeten Rohstoffe muss mit einbezogen werden.</p> <p>Die Klimabilanz von in China hergestellten Batterien ist schlecht. Das darf nicht aus ideologischen Gründen ausgeblendet werden.</p>




6. Aufgrund steigender Verkehrszahlen kämpft besonders der Verkehrssektor mit der Reduzierung von Treibhausgasen. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen und welchen Beitrag sollte Hessen hier leisten?






CDU	SPD	Grüne	FDP
<p>Die CDU Hessen bekennt sich zu den beschlossenen Zielen zur Reduzierung von Klimagasemissionen, die wir auch einhalten werden. Wir wollen Hessen bis 2045 klimaneutral machen. Die vereinbarten Zwischenschritte werden wir im Rahmen der europäischen, bundesweiten und hessischen Vorgaben erfüllen.</p> <p>Um diese Ziele zu erreichen war es ein entscheidender Erfolg, den Verkehrssektor in das System des europäischen Emissionshandels mit einer klaren Obergrenze aufzunehmen. Damit wird in Zukunft in den Bereichen Verkehr und Gebäude sichergestellt, dass in diesem Bereich die klimapolitischen Vorgaben erfüllt werden – wie dies in der Vergangenheit bereits in den Bereichen Energie und Industrie gelungen ist. Wir unterstützen daher die auf europäischer Ebene beschlossenen Schritte zur Einführung des „ETS2“ als wichtigen marktwirtschaftlichen Ansatz für effizienten Klimaschutz.</p> <p>Flankierend hat die CDU-geführte Landesregierung mit dem weitgehend abgeschlossenen Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 und dem Mehr-Klimaschutz-Programm bereits über 160 Maßnahmen umgesetzt, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren und die Anpassung an den Klimawandel voranzubringen. Kürzlich wurde als Nachfolgeprogramm der „Integrierte Klimaschutzplan (ISKP) Hessen 2030“ vorgestellt. Er enthält weitere konkrete Maßnahmen für Wirtschaft, Bürger, Kommunen u.v.m.</p> <p>Auch finanziell genießt der Klimaschutz höchsten Stellenwert. Insgesamt stellen wir 1,8 Mrd. Euro im Doppelhaushalt 2023/24 bereit und adressieren damit alle relevanten Sektoren. Allein für die konkreten Maßnahmen des IKSP stehen im Doppelhaushalt 23/24 Finanzmittel in Höhe von 370 Mio. Euro bereit – das entspricht einer Verdoppelung der Mittel. Dieser Plan setzt nicht auf pauschale Verbote, sondern auf Anreize und Technologieoffenheit.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Das Ziel der Verkehrswende und der damit verbundenen Reduktion von CO₂ liegt in einer Kombination aus Antriebswende (Einsatz klimaneutraler Energieformen) und Mobilitätswende (Effizientere Mobilität durch mehr Umweltverbund und Verlagerung der Verkehre auf klimafreundliche Modi). In Hessen arbeiten wir bereits konsequent an der Umsetzung dieser beiden Felder. Zum einen bringen wir das Angebot an Bussen und Bahnen voran, indem wir den Verkehrsverbänden für 2023 und 2024 Rekordmittel in Höhe von 2,77 Mrd. € bereitstellen, den Radwegebau unterstützen, sowie die Schiene über das gemeinsame Projekt FRM plus ausbauen. Zum anderen sorgen wir auf verschiedenen Wegen dafür, nachhaltige Antriebsformen voranzubringen, bspw. mit dem oben erwähnten Förderprogramm „Elektromobilität“, durch die Arbeit des Kompetenzzentrums CENA für Klima- und Lärmschutz im Luftverkehr oder mit unserer finanziellen Unterstützung beim Bau der weltweit größten PtL-Anlage in Frankfurt Höchst. In der nächsten Legislatur wollen wir unser Engagement für die Verkehrswende zusätzlich zu den bereits geschaffenen Strukturen weiter ausweiten, u.a. mit einer</p>	<p>Sicherlich ist der Ausbau des ÖPNVs und insbesondere der Schiene ein wichtiger Beitrag im Ballungsraum. In den Städten sind auch sichere Radwege sinnvoll und notwendig. In ländlichen Regionen brauchen wir aber auch andere Konzepte. Hier wird das Auto weiterhin die absolut dominierende Rolle spielen. Wenn wir den Anteil von Autos steigern können, die mit E-Fuels oder Syn-Fuels betrieben werden, dann ist das sinnvoll. Auch eine stärkere Nutzung von Carsharing-Angeboten kann auf dem Land sinnvoll sein, insbesondere als On-Demand-Verkehre. Am Ende werden die Verbraucher durch ihr Verhalten entscheiden, welche Wege und Instrumente funktionieren. Die autofeindliche Politik der Landesregierung lehnen wir entschieden ab. Autos sind Teil unserer individuellen Freiheit und neuste Umfragen zeigen, dass auch wieder mehr junge Menschen Autos kaufen, weil sie auf Mobilität nicht verzichten wollen.</p>

<p>Klimaschutz gelingt nicht durch kollektiven Verzicht, sondern braucht innovative technische Lösungen. Aus Sicht der CDU Hessen kann es nur gemeinsam, durch gute Angebote und ohne Zwang und insofern mit gesellschaftlicher Akzeptanz gelingen, dass Menschen zukünftig auf alternative Antriebstechnologien und/oder emissionsärmere Verkehrsformen setzen und somit CO2 im Verkehrsbereich einsparen.</p>		<p>Ladeinfrastruktur-Offensive durch die Umstellung auf klimaschonende Nutzfahrzeuge und den Bau von mindestens zehn Radschnellwegen.</p>	
---	--	---	--

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen im Bundesrat der von der Bundesregierung geplanten Änderung der 10. Bundesimmissionsschutzverordnung zustimmen wird, die den Verkauf von synthetischen biogenen wie strombasierten Reinkraftstoffen ermöglichen wird und falls nicht, warum?

CDU 	SPD	Grüne 	FDP 
<p>Ja. Wir stehen daher auch in Zukunft zum Auto und modernsten Technologien, zu denen auch Verbrennungsmotoren gehören. Pauschale Verbote darf es nicht geben. Stattdessen brauchen wir Technologieoffenheit. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir auch das Vorhaben der Bundesregierung im Rahmen der geplanten Änderung der 10. Bundesimmissionsschutzverordnung den Verkauf von synthetischen biogenen wie strombasierten Reinkraftstoffen zu ermöglichen.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Wie bereits ausgeführt, müssen synthetische Kraftstoffe vorrangig dort eingesetzt werden, wo es nicht anders geht. Auch der Einsatz von HVO muss gut abgewogen werden, da die dafür notwendigen biogenen Rest- und Abfallstoffe nur begrenzt zur Verfügung stehen und daher nicht geeignet sind, im Verkehrssektor signifikanten Klimaschutz zu erreichen. In der individuellen Mobilität ist für uns die hocheffiziente, direkte Nutzung elektrischen Stroms in batterieelektrischen Fahrzeugen derzeit alternativlos. Der Erfolg von Tesla und der rasant wachsende Markt von E-Autos in China bestätigen die Entwicklung.</p>	<p>Wir unterstützen ausdrücklich alle Maßnahmen und Initiativen, die die Nutzung von synthetischen Kraftstoffen erleichtern bzw. erlauben. Bundesverkehrsminister Wissing hat sich zu Recht ganz gegen alle Versuche der EU gestemmt Verbrennungsmotoren durch die Hintertür zu verbieten. Namhafte PKW-Hersteller haben deutlich gemacht, dass ein Verbrennerverbot, wie es beispielsweise auch von CSU-Chef Markus Söder gefordert wird, nicht hilfreich und sinnvoll ist, weil die Verbraucher auch künftig auf Verbrennungsmotoren setzen.</p>

8. Synthetische, strombasierte Flüssigkraftstoffe haben die größte Speicherdichte, können bei Raumdruck und -temperatur gelagert und transportiert werden. Die Verteil- und Tankinfrastruktur ist ebenfalls vorhanden. Gibt es Gründe, die GEGEN einen breiten Einsatz im Verkehr- u. Wärmesektor sprechen?

CDU 	SPD	Grüne 	FDP 
<p>Wie bereits in der vorherigen Frage erläutert, steht die CDU Hessen auch in Zukunft zum Auto und modernsten Technologien, zu denen auch Verbrennungsmotoren gehören. Wir setzen uns in allen Bereichen für Technologieoffenheit und gegen pauschale Verbote ein. Aus diesem Grund spricht aus unserer Sicht nichts gegen einen Einsatz von synthetischen, strombasierten Flüssigkraftstoffen im Verkehr- und Wärmesektor.</p> <p>Allerdings muss sich auch diese Technologie im Rahmen der Technologieoffenheit und unter Berücksichtigung der klimapolitischen Zielsetzungen und deren Umsetzung über einen europaweiten Emissionshandel wirtschaftlich durchsetzen. Dafür sind – Stand heute – noch deutliche technische Entwicklungsschritte und das Heben von Synergie- und Skaleneffekten notwendig. Ob auf diesem Weg eine entsprechende Menge regenerativ hergestellter synthetischer Kraftstoffe zu einem wettbewerbsfähigen Preis bereitgestellt werden kann, muss dabei eine marktwirtschaftliche Entwicklung – keine planwirtschaftliche, politische Vorgabe – entscheiden.</p>	<p><i>Keine Antwort</i></p>	<p>Synthetische Kraftstoffe sind nur begrenzt verfügbar, und aus unserer Sicht passen sie nur dann in Energie-, Verkehrs- und Antriebswende, wenn sie aus grünem Strom produziert werden. Dieser grüne Strom aus Erneuerbaren Energien ist aber aktuell und auch mittelfristig nur begrenzt verfügbar. Daher muss der Effizienzgedanke bei jeder Lösung, sei es im Verkehrs-, Wärme oder Anwendungsbezogenen Bereich, im Mittelpunkt stehen. Synthetische Kraftstoffe schneiden hier, insbesondere im Bereich der individuellen Mobilität und auch im Wärmesektor, im Vergleich zur direkten Nutzung des grünen Stroms in batterieelektrischen Fahrzeugen oder Wärmepumpen schlecht ab. Gleichzeitig würde die begrenzte Verfügbarkeit synthetischer Kraftstoffe im Falle einer flächendeckenden Nutzung und hoher Verbräuche zwangsläufig zu volatilen Preisen und einer industrialisierten Produktion und Importen aus Drittstaaten führen, die wiederum zu erneuten geopolitischen Abhängigkeiten führen. Diese Abhängigkeiten wollen wir – nicht erst seit der fossilen Energiekrise – abbauen und überwinden. Weiterhin erfordern die synthetischen Kraftstoffe zwar weniger Infrastrukturausbau im Bereich Verteilung und Tankkapazitäten, jedoch würde durch die geringere Effizienz wesentlich mehr Ausbau der Erneuerbaren für die gleiche Leistung benötigt. Für uns sind synthetische Kraftstoffe daher eine wertvolle Ressource, die den großen Vorteil hat, in ganz speziellen Anwendungsbereichen die einzige klimaneutrale Lösung zu sein. Diese begrenzte Ressource muss genau für diese Anwendungsgebiete in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.</p>	<p>Nein. Die genannten Argumente sind richtig. Deshalb unterstützen wir auch die Entwicklung und Verbreitung der synthetischen Kraft- und Brennstoffe.</p>